



133/2007

Kiel, 10. Dezember 2007

Vorschau auf die Landtagssitzung: Landesverfassungsgericht wird im Mai 2008 seine Arbeit aufnehmen

Kiel (SHL) – *Zu seiner letzten Sitzung im laufenden Jahr kommt der Landtag ab dem kommenden Mittwoch, 12. Dezember 2007, in Kiel zusammen. Bis Freitag Mittag wollen die Abgeordneten die gut gefüllte Tagesordnung abgearbeitet haben.*

Zum Auftakt berät das Landesparlament auf Antrag der Grünen über den aktuellen Stand der **Genehmigungsverfahren für Regional- und Gemeinschaftsschulen** (Drs. 16/1760). Die Antragsteller fordern einen mündlichen Regierungsbericht darüber, wie viele Regional- und Gemeinschaftsschulen voraussichtlich zum nächsten Schuljahr im Lande entstehen werden.

Laut dem im Januar 2007 von Schwarz-Rot beschlossenen neuen Schulgesetz werden bis Sommer 2010 alle schleswig-holsteinischen Haupt- und Realschulen zu Regionalschulen zusammengeführt. Dort wird es eine gemeinsame Orientierungsstufe (Klassen 5 und 6) geben, erst danach trennen sich die Bildungsgänge Hauptschule (bis 9. Klasse) und Realschule (bis 10. Klasse). Auf Antrag können Regionalschulen auch früher als vorgeschrieben entstehen.

Ebenfalls als Teil der Schulreform hat Schleswig-Holstein als erstes Bundesland die Gemeinschaftsschule als neue Schulart eingeführt. Hier sollen die Schüler bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen. Die Gemeinschaftsschulen bieten die Abschlüsse von Haupt- und Realschule sowie den Übergang zur gymnasialen Oberstufe an, die sie auch selbst haben können. Bis 2010 sollen alle integrierten Gesamtschulen zu Gemeinschaftsschulen entwickelt werden. Diese können aber auch aus anderen Schularten hervorgehen, wenn die Träger dies wollen. Zu Beginn dieses Schuljahres sind die ersten sieben Gemeinschaftsschulen im Lande mit 726 Fünftklässlern an den Start gegangen.

In Erster Lesung geht es danach um eine von der FDP vorgeschlagene **Änderung des Schulgesetzes** (Drs. 16/1762). Die Liberalen wollen erreichen, dass die Landeszuschüsse für die freien Schulen im nächsten Jahr in der gleichen Höhe wie 2007 ausgezahlt werden.

Entsprechend schlagen sie eine Ergänzung des Schulgesetzes vor. Hintergrund: Die Zuschüsse an die freien Schulen sind an die Beamtenbesoldung für Lehrer an öffentlichen Schulen gekoppelt. Maßgeblich ist dabei die Summe des jeweiligen Vorjahres. Da die Lehrer an staatlichen Schulen wegen der Kürzung des Weihnachtsgeldes für Landesbeamte im Jahr 2007 weniger Geld bekommen, werden die Zuschüsse an die freien Schulen im nächsten Jahr nach derzeitiger Rechtslage ebenfalls sinken. Im Lande gibt es 69 Schulen in privater Trägerschaft. Neben den 48 Schulen der dänischen Minderheit gibt es zehn freie Waldorfschulen sowie christliche und heilpädagogische Schulen mit insgesamt rund 5.000 Schülern. Damit besuchen 3,3 Prozent der schleswig-holsteinischen Schüler eine Privatschule – bundesweit ein niedriger Wert.

Nächstes Thema ist die **Änderung des Landeswassergesetzes**, die in Zweiter Lesung abschließend beraten wird. Mit den Stimmen von CDU und SPD, bei Enthaltung der FDP und gegen die Grünen empfiehlt der Umwelt- und Agrarausschuss dem Plenum, den von ihm noch geänderten und ergänzten Gesetzentwurf der Landesregierung zur Neuordnung des Wasserrechts im Lande anzunehmen (Drs. 16/1738). Mit der Neuregelung soll ein Beitrag zur Entbürokratisierung geleistet werden. Künftig soll es zum Beispiel weniger Erlaubnisverfahren für das Absickern von Regenwasser geben: So sollen Eigentümer von Grundstücken mit weniger als 1.000 Quadratmeter keine Genehmigung mehr beantragen müssen.

Gleichzeitig wird im Plenum über einen Regierungsbericht zur **Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)** (Drs. 16/1729) debattiert. Die im Jahr 2000 aufgelegte WRRL gibt europaweite Richtlinien für den Schutz der Oberflächengewässer, der Küstengewässer und des Grundwassers vor. Die Richtlinie sieht vor, möglichst alle Gewässer in Europa bis 2015 in einen guten ökologischen und chemischen Zustand zu versetzen und ihnen ausreichend Entfaltungsraum zu bieten. Schleswig-Holstein ist dabei an drei Flussgebiets-einheiten beteiligt: Eider, Schlei/Trave und Elbe. Das Land hat dem Bericht zufolge Nachholbedarf: 98 Prozent der Fließgewässer, 95 Prozent der Seen und Küstengewässer sowie 50 Prozent des Grundwassers erreichen die Vorgaben nicht. Gründe hierfür sind die hohe Algenblüte oder der Eintrag von Stickstoff und Phosphor aus der Landwirtschaft. In den letzten Jahren hat das Land dem Bericht zufolge rund 23,1 Millionen Euro in den Gewässerschutz investiert. Hiermit wurden unter anderem 684 Hektar Entwicklungsraum für die Gewässer bereitgestellt.

Die WRRL sieht die Beteiligung der Öffentlichkeit vor. In Schleswig-Holstein will das Umweltministerium ab dem 22. Dezember dieses Jahres die wichtigsten Wasserbewirtschaftungs-Probleme vorstellen. Die Bürger haben dann sechs Monate Zeit um Stellung zu nehmen.

Anschließend befassen sich die Abgeordneten in Zweiter Lesung mit dem **Gesetz über das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht (LVerfGG)**. Damit bekommt Schleswig-Holstein als letztes Bundesland ein eigenes Verfassungsgericht. Es wird seinen Sitz in Schleswig haben und zum 1. Mai 2008 seine Arbeit aufnehmen. Statt des bislang zuständigen Bundesverfassungsgerichts wird es künftig als höchste juristische Instanz des Landesrechts fungieren. Grundlage der abschließenden Landtagsdebatte ist ein einstimmig-

ges Votum des Innen- und Rechtsausschusses, der den interfraktionellen Gesetzentwurf in einigen Punkten abgeändert hat (Drs. 16/1746). Zudem werden die Rahmenbedingungen für die Wahl Richter gelegt (Drs. 16/1766), und ein Oppositionsantrag zum Thema wird abschließend behandelt (Drs. 16/1754).

Keine Zwangsverrentung bei Hartz-IV-Empfängern fordert der SSW im Landtag und hat dazu einen Antrag eingebracht (Drs. 16/1735), der die Grundlage der nächsten Debatte ist. Hintergrund: Die Bundesregierung hatte ursprünglich geplant, die so genannte „58er-Regelung“ zum Jahresanfang 2008 auslaufen zu lassen. Hierbei können Langzeitarbeitslose ab 58 Jahren auf die weitere Vermittlung in den Arbeitsmarkt verzichten, wenn ihnen zwölf Monate lang kein Job-Angebot mehr gemacht wurde. Trotzdem erhalten sie Arbeitslosengeld II, bis sie den vollen Rentenanspruch erworben haben – in der Regel also bis zum 65. Geburtstag. Ende November hat die Berliner Koalition laut Medienberichten ihre Pläne abgemildert. Demnach soll eine Zwangsverrentung erst ab dem 63. Lebensjahr möglich sein. Der Rentenabschlag betrage damit maximal 7,2 Prozent.

Bevor die Landtagssitzung am Nachmittag ab 15:00 Uhr fortgesetzt wird, befasst sich ab ca. 13:00 Uhr der **Innen- und Rechtsausschuss** mit den von den Grünen vorgelegten **Änderungen des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes und des Landesministergesetzes**, um dem Plenum dazu eine Beschlussempfehlung zu geben. Der Ausschuss tagt öffentlich im Sitzungszimmer 139.

Am Nachmittag geht es dann weiter mit einem Berichtsantrag des SSW zur **Zusammenarbeit mit Hamburg und über einen möglichen Nordstaat** (Drs. 16/1741). Der SSW fordert hierzu einen mündlichen Regierungsbericht. Hintergrund des Antrags ist der gemeinsame Auftritt von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und dem Hamburger Bürgermeister Ole von Beust (beide CDU) bei einem Kongress in Norderstedt Ende November. Dort hatten die beiden Regierungschefs erklärt, eine gemeinsame Wirtschaftsregion schaffen zu wollen und nach einer weiteren Phase des Zusammenwachsens die Zusammenlegung Hamburgs und Schleswig-Holsteins einzuläuten. Schleswig-Holstein und Hamburg arbeiten bereits in einigen Bereichen eng zusammen. Unter anderem wurden die beiden Landesbanken 2003 zur HSH Nordbank zusammengelegt. Die Statistikämter, die Eichämter sowie die Datenzentralen machen seit 2004 gemeinsame Sache, und im Frühjahr dieses Jahres ist die gemeinsame Medienanstalt MA HSH an den Start gegangen. Und: Bei der EU in Brüssel haben die beiden Bundesländer bereits seit über 20 Jahren mit dem Hanse-Office eine gemeinsame Vertretung.

Es folgt eine Debatte über den Landeswald: Der Umwelt- und Agrarausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Koalition, den Gesetzentwurf über die **Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten** mit einigen Ergänzungen in Zweiter Lesung zu beschließen. Die Grünen waren im Ausschuss dagegen, die FDP enthielt sich (Drs. 16/1739).

Das Umweltministerium will die Landesforsten an eine neu zu gründende Anstalt öffentlichen Rechts übergeben und damit die Ausgaben für die Forstwirtschaft senken. Vom 1. Januar an soll die gewinnorientiert arbeitende Anstalt die 52.000 Hektar Wald übernehmen. Der Aus-

schuss hat in seinen Änderungen am Regierungsentwurf die Belange des Allgemeinwohls betont: „Die Anstalt wird in gleicher Weise wie der Staatswald dem Allgemeinwohl verpflichtet sein. Sie wird ihre Flächen daher nachhaltig und naturnah bewirtschaften“, heißt es nun in Paragraph 1.

Der Gemeinwohlleistungen wie Waldpädagogik, Umweltbildung oder der Betrieb des Erlebniswalds Trappenkamp, der Jugendwaldheime und der Waldkindergärten sollen erhalten bleiben. Hierfür stellt das Land in den kommenden drei Jahren jeweils rund 4,2 Millionen Euro zur Verfügung. Das sieht eine Zielvereinbarung vor, die der Ausschuss ebenfalls mit Koalitionsmehrheit zur Annahme empfiehlt. Zudem soll die Neuwaldbildung weitergeführt werden.

Der Landtagsausschuss hat auch Sicherungen für die Beschäftigten eingebaut. Ihnen soll bis zum Jahresende 2012 der Weg zurück in den Landesdienst offenstehen, falls die Anstalt bis dahin aufgelöst oder in eine andere Rechtsform überführt wird. Und: Betriebsbedingte Kündigungen soll es nicht geben. Eine weitere Änderung des Umwelt- und Agrarausschusses: Dem Verwaltungsrat der neuen Anstalt sollen neben Vertretern der Landesregierung, der Wirtschaft und des Personalrates nun auch zwei Landtagsabgeordnete angehören.

Auf Antrag der Grünen geht es danach um die **Zweckbindung von 40% der Mittel des Zukunftsprogramms Wirtschaft für erneuerbare Energien** (Drs. 16/1740). Damit wollen sie auf die Herausforderungen des Klimawandels reagieren. Das Zukunftsprogramm Wirtschaft ist Teil des Zukunftsprogramms Schleswig-Holstein. Hier werden von 2007 bis 2013 rund 680 Millionen Euro Fördermittel für Wirtschaftsförderung bereitgestellt. Der Löwenanteil mit 332 Millionen Euro kommt aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), rund 173 Millionen Euro werden aus der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" erwartet, weitere 175 Millionen Euro aus Landesmitteln. Mit diesen Mitteln kann nach Angaben der Landesregierung ein Investitionsvolumen von schätzungsweise zwei Milliarden Euro in Gang gesetzt werden.

Mit einem weiteren Antrag fordern die Grünen die Beibehaltung und Weiterentwicklung des **ermäßigten Mehrwertsteuersatzes** (Drs. 16/1742). Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz beträgt 7 Prozent statt des Regelsatzes von 19 Prozent. Die Landesregierung soll sich im Bundesrat für eine transparente Regelung der Ermäßigung nach sozialen, ökologischen und kulturellen Aspekten einsetzen. So soll an der niedrigen Steuer auf einige Lebensmittel festgehalten werden. Die Oppositionsfraktion stellt sich damit gegen Äußerungen von Landesfinanzminister Rainer Wiegard (CDU). Der hatte sich Mitte November laut einem Zeitungsbericht für die Abschaffung des 7-Prozent-Satzes ausgesprochen. Diese Steuervergünstigung, so Wiegard, koste den Bund jährlich 21 Milliarden Euro und das Land Schleswig-Holstein 300 Millionen Euro. Dieses Geld könne zum Beispiel für die Ausweitung der Kinderbetreuung und für die Aufstockung der Hartz-IV-Sätze aufgewendet werden. Der Minister kritisierte, die derzeitige Regelung sei „absurd“, weil sie Reiche wie Arme gleichermaßen begünstige.

Zum Schluss des ersten Sitzungstages geht es dann auf Antrag der Grünen um **pädagogische Fachkräfte mit Migrationshintergrund** (Drs. 16/1761). Die Oppositionspartei fordert

darin von der Landesregierung, den Anteil von Lehrern und Erziehern mit Migrationshintergrund am pädagogischen Personal zu erhöhen. Hierfür soll unter anderem gemeinsam mit den Schulen und den Unis geworben werden. Und: Ausländische Ausbildungs- und Studienabschlüsse sollen leichter anerkannt werden. In den meisten Fällen dürfen Lehrer ausländischer Herkunft in Deutschland lediglich ihre Herkunftssprache unterrichten. Schätzungen zufolge haben lediglich zwei bis drei Prozent der Lehrer in Deutschland einen Migrationshintergrund. An Schleswig-Holsteins Schulen unterrichten rund 29.000 Lehrer.

Am **Donnerstag, 13. Dezember**, geht es zunächst um den **Staatsvertrag zum Glücksspielwesen** und zwei Oppositions-Anträge zum **Staatsmonopol bei Sportwetten** (Drs. 16/1752). Trotz rechtlicher Bedenken hat der Finanzausschuss des Landtages mit der Mehrheit von SPD und vier der fünf CDU-Vertreter dem umstrittenen Glücksspielstaatsvertrag zugestimmt (Drs. 16/1743). Die FDP war dagegen, die Grünen und der Unionsabgeordnete Hans-Jörn Arp enthielten sich. Zudem empfiehlt der Ausschuss dem Plenum, zwei Anträge zum Thema von den Liberalen und den Grünen abzulehnen. Bei Zustimmung aller Landesparlamente soll der Vertrag zum 1. Januar 2008 in Kraft treten. Der Vertrag will das staatliche Glücksspielmonopol von 2008 an für vier weitere Jahre festschreiben und Glücksspiele im Internet verbieten. Private Anbieter sollen eine Übergangsfrist bis Ende 2008 bekommen. Werbung für öffentliches Glücksspiel im Fernsehen oder im Internet wird untersagt.

In Zweiter Lesung wird danach abschließend über das **Jugendstrafvollzugsgesetz** beraten.

Mit Koalitionsmehrheit und gegen die Stimmen von FDP und Grünen empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss, den Regierungsentwurf unverändert anzunehmen. Das Gesetz legt den Schwerpunkt auf den „Erziehungsgedanken“: Die Gefangenen zwischen 14 und 20 Jahren sollen auf ein Leben ohne Straftaten und in sozialer Verantwortung vorbereitet werden. Um die Vorgaben zu erfüllen, plant das Justizministerium zusätzliche Investitionen. So sollen 30 neue sozialtherapeutische Plätze entstehen. Hierfür sind Medienberichten zufolge Kosten von drei Millionen Euro veranschlagt. Hinzu kommen 550.000 Euro jährlich für 15 zusätzliche Betreuungskräfte. Außerdem sind zwei neue Turnhallen in Neumünster (2,5 Millionen) und in Schleswig (1,4 Millionen) geplant. Im Lande gibt es in den beiden Anstalten Schleswig und Neumünster insgesamt 202 Plätze für den Jugendvollzug.

Dann geht es um die Sparkassen im Lande: Die FDP will mit einer Ergänzung des schleswig-holsteinischen **Sparkassengesetzes** eine rechtliche Klarstellung der Eigentumssituation von Sparkassen erreichen und die Position der Kommunen stärken (Drs. 16/1732). Nach Vorstellung der Liberalen soll Paragraph 1 des Gesetzes um den Zusatz erweitert werden: „Gemeinden, Ämter, Kreise und Zweckverbände sind als Träger einer Sparkasse deren Eigentümer.“ Der Gesetzentwurf wird in Erster Lesung beraten. Nach den Fusionen der Sparkassen Kiel, Eckernförde und Plön sowie Büdelsdorf und Mittelholstein gibt es im Lande noch 20 selbständige Sparkassen mit 490 Filialen und rund 9.000 Mitarbeitern.

Ein weiterer FDP-Antrag beschäftigt sich mit der Verwendung von **Fluggastdatensätzen zu Strafverfolgungszwecken** (Drs. 16/1763). Die Liberalen fordern darin die Landesregierung auf, ihre Position zur Weitergabe von Fluggastdaten an staatliche Stellen und zur Speiche-

rung dieser Daten durch Behörden darzulegen. Hintergrund: Die EU-Mitgliedsstaaten planen, die Nutzung dieser so genannten PNR-Daten (Passenger Name Records) durch US-Behörden auszuweiten. Der entsprechende Vorschlag der Bundesregierung wird derzeit im Bundesrat beraten.

Am **Nachmittag** startet das Plenum seine Beratungen mit der Entgegennahme des **Minderheitenberichts 2007** (Drs. 16/1730). Die Landesregierung legt dem Landtag zur Mitte jeder Wahlperiode diesen Bericht vor. Das über 170 Seiten starke Papier ist der sechste Bericht dieser Art seit 1986. Er beschreibt die Rolle und die Förderung der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig und der deutschen Minderheit im Süden Dänemarks wie auch der Friesen und der Sinti und Roma. Als wichtigste minderheitenpolitische Aktivitäten der Landespolitik im Fünfjahreszeitraum seit dem letzten Bericht zählt die Staatskanzlei die Gleichstellung der dänischen Schulen bei den Schülerkostensätzen ab 2008, das vom Landtag 2004 verabschiedete Friesisch-Gesetz sowie den Erlass der Landesregierung zur Errichtung zweisprachiger Orts- und Hinweisschilder aus dem Juli dieses Jahres.

Danach geht es um die **Entwicklung der Alters- und Personalstruktur im Bereich der Landespolizei**. Hierzu hat die Landesregierung auf die Große Anfrage der FDP eine Antwort vorgelegt (Drs. 16/1678). Demnach wird sich der Anteil älterer Polizeibeamter bis 2020 voraussichtlich erhöhen; der Anteil jüngerer Polizisten wird sinken. Im mittleren Dienst sind zurzeit 21,8 Prozent der Polizisten unter 30 Jahre alt. Im Jahr 2020 werden es nur noch 17,7 Prozent sein. Der Anteil der Über-55-jährigen wird demgegenüber im gleichen Zeitraum von 4,8 Prozent auf 21,2 Prozent ansteigen. Ein ähnliche Entwicklung wird im gehobenen Dienst prognostiziert: Hier steigt der Anteil der Über-55-Jährigen von 14,5 Prozent auf 21,8 Prozent. Insgesamt wird das Durchschnittsalter im Polizeidienst von derzeit 41,5 Jahren auf 43,4 Jahre ansteigen. Das Innenministerium sieht aber „den homogenen Altersaufbau grundsätzlich weiterhin gewährleistet“.

Anschließend wird die Landesregierung auf Antrag der FDP mündlich über die **Strategie 2012 der Landespolizei Schleswig-Holstein** berichten (Drs. 16/1764). Dabei geht es um die Umstrukturierung der Landespolizei, die die Polizeiführung unter dem Stichwort „Strategie 2012“ anstrebt. Damit wollen der Landespolizeidirektor und die Leistungsebenen der Polizeibehörden auf die neuen Herausforderungen für die Ordnungshüter reagieren, weil Internetkriminalität, Terrorismus, Wirtschaftsdelikte oder Fußballkrawalle in den letzten Jahren deutlich zugenommen hätten. Deswegen sollten die 8.500 Polizisten im Lande sich verstärkt spezialisieren. Und: Kleine ländliche Polizeistationen mit ein oder zwei Mann Besatzung sollten auf den Prüfstand.

Am Schluss der Beratungen am Donnerstag geht es um einen Antrag der Grünen: Sie monieren darin die Ausschreibung der Stelle des kaufmännischen **Vorstands beim Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H)** (Drs. 16/1767). Diese widerspreche den Bestimmungen des Landeshochschulgesetzes, bemängelt die Oppositionsfraktion. Zudem soll die Landesregierung ihr Sanierungskonzept für das defizitäre Klinikum im Plenum darlegen. Hintergrund: Der Vorstandsvorsitzende des UK S-H, Wissenschaftsstaatssekretär Jost de Jager, hatte im Oktober die Ausschreibung des Postens eines kaufmännischen Klinik-Leiters

angekündigt, weil der derzeitige Amtsinhaber das Unternehmen zum Jahresende verlässt. Zugleich hatte er aber erklärt, die Position des Vorstandes für Pflege- und Patientenservice, dessen bisherige Inhaberin auf eigenen Wunsch nach Göttingen wechselt, solle laut Aufsichtsratsbeschluss zunächst unbesetzt bleiben. In dieser Entscheidung sehen die Grünen einen Verstoß gegen Paragraph 88 des Hochschulgesetzes. Dort heißt es: „Der Vorstand besteht aus dem Vorstand für Krankenversorgung als Vorsitzender oder Vorsitzendem, dem kaufmännischen Vorstand und dem Vorstand für Krankenpflege und Patientenservice.“

Am **Freitag, 14. Dezember 2008**, wird auf Antrag der Grünen und des SSW über die **Kosten der Schülerbeförderung** diskutiert (Drs. 16/1715, 16/1716). Die Grünen legen einen Gesetzentwurf vor, mit dem sie die umstrittene 30-prozentige Elternbeteiligung an den Schulbuskosten umgehend abschaffen und zur alten Regelung im Schulgesetz zurückkehren wollen. Demnach dürften Eltern nur dann an den Kosten beteiligt werden, wenn die Schülerfahrkarte als Netzkarte auch privat genutzt werden darf. Zudem fordert der SSW einen Bericht der Landesregierung zu dem Thema. Beide Anträge waren im Vormonat als Dringlichkeitsanträge gestellt worden - CDU und SPD hatten jedoch eine inhaltliche Debatte zu diesem Zeitpunkt abgelehnt.

Danach berichtet die Landesregierung auf Antrag der FDP über den **Stand der Einsparungen im Doppelhaushalt 2007/2008 und die Kompensation der Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs** (Drs. 16/1731). Die Liberalen fordern eine Zwischenbilanz zu den von Schwarz-Rot im Doppelhaushalt 2007/08 vorgesehenen Einsparungen: Sind die anvisierten Summen erreicht worden? Ziel der Koalition bei Verabschiedung des Haushalts war es, die Neuverschuldung von 1,56 Milliarden Euro im Jahr 2006 bis zum Ende der Wahlperiode 2010 zu halbieren. Vor diesem Hintergrund wurden im Doppelhaushalt gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung insgesamt 600 Millionen Euro weniger eingestellt. Dies soll durch Kürzungen des Weihnachtsgelds für Beamte (100 Millionen pro Jahr), bei den Einzeletats der Ministerien (80 Millionen pro Jahr) und beim Kommunalen Finanzausgleich (120 Millionen pro Jahr) erreicht werden. Als Kompensation wurde den Kommunen ein Ausgleich von 100 Millionen in Aussicht gestellt – zum Beispiel durch Aufgabenentlastungen. Hierzu zählt auch die umstrittene Elternbeteiligung an den Schulbuskosten. Zudem wollen die Liberalen wissen, ob die Koalition die günstige Steuer-Entwicklung bei den strukturellen Einsparungen mit einberechnet hat.

Ebenfalls auf Antrag der FDP geht es anschließend um die **Wirtschaftlichkeit der Amtsgerichtsstruktur** (Drs. 16/1755). Auch hierzu soll die Landesregierung in der laufenden Sitzung mündlich berichten. Es geht dabei aktuell um die Mehrkosten, die beim Umbau des Lübecker Amtsgerichts entstanden sind. Insbesondere wollen die Liberalen wissen, wie diese zusätzlichen 1,8 Millionen Euro finanziert werden sollen und wie sich diese Extra-Kosten auf die Wirtschaftlichkeit der Amtsgerichtsreform auswirken werden. Der Umbau in Lübeck ist Teil der im September 2006 beschlossenen Amtsgerichtsreform. Demnach werden fünf der 27 Gerichte geschlossen: Kappeln und Geesthacht haben bereits zum 31. März 2007 die Tore geschlossen, Mölln folgt zum 31. März 2008 und Bad Oldesloe sowie Bad Schwartau zum 30. September 2009. Die Einzugsbereiche werden auf die verbleibenden Amtsgerichte

aufgeteilt. So soll das vergrößerte Gebäude in Lübeck die Mitarbeiter der bisherigen Standorte Bad Schwartau und Bad Oldesloe aufnehmen.

Ein weiterer Regierungsbericht befasst sich mit der **Gesunden Ernährung in Kindertagesstätten (KiTa) und Schulen** (Drs. 16/1727). Die Grundlage der Debatte waren zwei Oppositionsanträge aus dem September und dem Oktober. Im September hatten die Grünen die Landesregierung aufgefordert, einen Maßnahmenkatalog "Gesunde Ernährung in Kindertagesstätte und Schule" zu erarbeiten. Grüne, FDP und SSW hatten im Oktober einen Sozialfonds gefordert, aus dem Kita- und Schul-Mahlzeiten für Mädchen und Jungen aus armen Familien bezuschusst werden sollen.

Das Bildungsministerium verweist darauf, dass der Bereich **Ernährung** als Teil des Themenfeldes „Körper, Gesundheit und Bewegung“ im Bildungsauftrag der Kitas enthalten ist. Eine Handreichung hierzu für die Betreuer soll bis Jahresende vorliegen. Zudem werden in vielen Kitas die Kinder direkt an der Zubereitung von Mahlzeiten beteiligt. Derzeit essen in Schleswig-Holstein etwa 30.000 Kinder, und damit ein Drittel aller Kita-Kinder, im Kindergarten.

Zum Abschluss der Dezember-Tagung geht es schließlich um die **Zukunft der Krankenhausfinanzierung**: Auf Antrag der Liberalen berichtet die Landesregierung über ihre Vorstellungen zur zukünftigen Krankenhausfinanzierung in Schleswig-Holstein (Drs. 16/1728). Das schleswig-holsteinische Gesundheitsministerium spricht sich dabei mittelfristig für die Umstellung vom derzeitigen so genannten dualistischen auf ein so genanntes monistisches Finanzierungsmodell aus. Das heißt: Die Krankenkassen sollen die Klinik-Kosten komplett tragen und für die Investitionen in den Kliniken einen Zuschlag erhalten. Zurzeit übernehmen die Kassen die Behandlungskosten, während die Aufwendungen für Gebäude und Investitionen bei den Ländern liegen. Das neue, einheitliche System könne nach einer Übergangsphase von zehn bis 15 Jahren eingeführt werden, heißt es in dem Bericht.

Hinweis:

Aktuelle Informationen zu den Themen der Landtagssitzung finden Sie im Internet unter www.sh-landtag.de unter *plenum-online*.

Die Dezember-Ausgabe wird am Dienstagnachmittag vor der Tagung ins Netz gestellt. An den Sitzungstagen bietet *plenum-online* rund eine Stunde nach jeder Debatte eine Zusammenfassung der wichtigsten Informationen und Ergebnisse.

Reihenfolge der Beratung der 28. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraus- sichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 12. Dezember 2007			
24	Aktueller Stand der Genehmigungsverfahren für Regional- und Gemeinschaftsschulen	30	10:00
14	Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes	30	10:30
2 und 41	Änderung des Landeswassergesetzes sowie Bericht zum Stand der Umsetzung der EG - Wasserrahmenrichtlinie	35	11:00
7, 29 und 35	Gesetzentwurf zum Landesverfassungsgericht sowie Anträge zum Sitz des Landesverfassungsgerichts und zur Änderung der Geschäftsordnung des Landtages	35	11:35
18	Keine Zwangsverrentung bei Hartz-IV-Empfängern	30	12:10
20	Bericht über die Zusammenarbeit mit Hamburg und über einen möglichen Nordstaat	30	15:00
3	Gesetz über die Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten	65	15:30
19	Zweckbindung von 40% der Mittel des Zukunftsprogramms Wirtschaft für erneuerbare Energien	30	16:35
21	Ermäßigter Mehrwertsteuersatz erhalten und weiterentwickeln	30	17:05
25	Eine interkulturelle Bildung braucht mehr pädagogische Fachkräfte mit Migrationshintergrund	30	17:35
Donnerstag, 13. Dezember 2007			
4 und 33	Gesetz zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen und Anträge zum Staatsmonopol bei Sportwetten	35	10:00
6	Jugendstrafvollzugsgesetz	65	10:35
13	Änderung des Sparkassengesetzes	30	11:40
26	Rahmenbeschluss des Rates über die Verwendung von Fluggastdatensätzen zu Strafverfolgungszwecken	30	12:10
42	Minderheitenbericht 2007	60	15:00
15	Entwicklung der Alters- und Personalstruktur im Bereich der Landespolizei	60	16:00

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraus- sichtl. Beginn der Beratung
27	Berichtsantrag zur "Strategie 2012 der Landespolizei Schleswig-Holstein"	30	17:00
30	Vorstand des Universitätsklinikum Schleswig Holstein (UKSH)	30	17:30
Freitag, 14. Dezember 2007			
12 und 16	Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes und Antrag zu den Konsequenzen der Landesregierung aus der Entscheidung des nordfriesischen Kreistages gegen die Kosten der Schülerbeförderung	60	10:00
17	Stand der Einsparungen im Doppelhaushalt 2007 / 2008 und der Kompensation der Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs	30	11:00
22	Wirtschaftlichkeit der Amtsgerichtsstruktur	30	11:30
39	Gesunde Ernährung in Kindertagesstätten und Schulen und Grundversorgung von Kindern	30	12:00
40	Zukunft der Krankenhausfinanzierung	30	12:30

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen.

TOP		Berichter- stattung
5	Änderung des Brandschutzgesetzes und des Landeskatastrophenschutzgesetzes	5
8	Hafensicherheitsgesetz	5
9	Gesetz zur Aufhebung des Sammlungsgesetzes, des Lebenspartnerschaftsausführungsgesetzes und weiterer Vorschriften	5
10	a) Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes b) Änderung des Landesministergesetzes	5
11	Staatsvertrag über ein Gemeinsames Prüfungsamt und die Prüfungsordnung für die zweite Staatsprüfung für Juristen	5
23	Aktionsplan zur integrierten Meerespolitik der Europäischen Union	-
28	Berichterstattung zur Praxisausführung des Gesundheitsdienstgesetzes	-
31	Fäkalienschmutzung in der Ostsee stoppen	5
32	Erhalt der deutsch-dänischen Arbeitsvermittlung GRAMARK	5
34	Keine Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung von Telefon- und Internetverbindungen	5
36	Bericht über die angekündigte Landesförderung für das Science Center in Kiel	5
37	Ausgestaltung des Europäischen Forschungsraums	5
43	Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2006	-

Es ist beabsichtigt, den folgenden Punkt von der Tagesordnung abzusetzen:

38	Aktionsbündnis gegen den Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen
----	---